

# Meldungen

**zusammengestellt von Michael Mertsch und Thomas Hoffmann**

## Amerikanische Militärhilfe für Sri Lanka

Ausbilder von zwei us-amerikanischen Spezialeinheiten sind nach Sri Lanka entsandt worden, um Armee- und Marineeinheiten zu trainieren. Die Entscheidung einer weiteren Einheit zur Schulung der srilankischen Luftwaffe ist bereits fest geplant. Die Trainingseinheiten sind Teil eines Projektes zur Kriegsunterstützung der amerikanischen Regierung mit Südasien und Sri Lanka. Laut einem Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums nimmt die amerikanische Regierung eine sehr harte Haltung gegenüber der LTTE ein und gewährt Sri Lanka in diesem Zusammenhang militärische Hilfe in großem Stil. Dazu gehört modernes Kriegsgerät im Wert von 30 Millionen US-Dollar. Desweiteren verwies der Sprecher darauf, daß die seit geraumer Zeit anhaltende Militärhilfe derzeit auf Manöver zu Land, Wasser und in der Luft ausgedehnt werden.

## Neuer Bericht von UTHR

In den vergangenen zehn Jahren seien zehntausend LTTE-Kader im Kampf getötet worden und es bedürfe einer jährlichen Neurekrutierung von 2.000 Kadern, um die Truppenstärke zu erhalten, berichtet die Menschenrechtsorganisation 'University Teachers for Human Rights' (UTHR) in ihrem jüngsten Bericht. Das bedeute, so der Report weiter, daß rund ein Drittel jedes Jahrgangs für die LTTE rekrutiert werden müsse. Ein Prozentsatz, der normalerweise jede gesellschaftliche Struktur zerstört.

## Friedensinitiative

Was seit Jahren unmöglich schien, wurde am 9. März doch Wirklichkeit: Offensichtlich auch durch norwegischen Vermittlungseinfluß initiiert, trafen sich die Präsidentin Kumaratunga und der Chef der größten Oppositionspartei UNP, Ranil Wickremasinghe, erstmalig zu Gesprächen über eine gemeinsame Vorgehensweise für eine Friedenslösung im Land. Beide Gesprächspartner sind traditionell erbitterte Kontrahenten auf der politischen Bühne. Das erste Treffen umfaßte dann aber auch nicht mehr als eine Übereinstimmung darüber, daß ein Konsens zur Beendigung des ethnischen Konflikts notwendig sei. Wickrema-

singhe ließ sich außerdem über den Fortschritt der norwegischen Vermittlungsbemühungen informieren (siehe dazu Bericht in dieser Ausgabe). Bisher hatten er und die UNP die von der Regierung vorgeschlagenen Verfassungsänderungen weitgehend abgelehnt. Bevor nicht eine substantielle Mehrheit die Regierungsvorschläge, zu denen auch die Abschaffung des Präsidentenamtes gehört, unterstützt, können diese kaum der LTTE als Verhandlungsgrundlage vorgelegt werden. Zwei weitere Gespräche fanden am 21. und 29. März statt.

Mitte April soll eine norwegische Delegation Sri Lanka besuchen, um den Boden für die anstehenden Friedensgespräche zwischen der srilankischen Regierung und der LTTE zu bereiten. Wenngleich es sich bei dieser Delegation nicht um eine offizielle Mission handelt, werden die daran beteiligten Personen mit der Präsidentin sowie verschiedenen Ministern zusammentreffen, um die von Seiten der LTTE vorgelegten Vorschläge und Bedingungen zur Aufnahme von Friedensgesprächen zu diskutieren. Während das gesamte Land sich gespannt auf die Ergebnisse der norwegischen Delegation konzentriert, lehnt der buddhistische Klerus deren Bemühungen ab, da er darin eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes sieht (siehe dazu Beitrag in dieser Ausgabe).

Gespräche über die neue Verfassung, zu denen die Präsidentin einflußreiche buddhistische Geistliche eingeladen hatte, wurden schroff zurückgewiesen. Angesehene buddhistische Führer wollen keine Gespräche, solange die Friedensvorschläge irgendwelche Autonomiezugeständnisse enthalten. Hunderte von buddhistischen Mönchen demonstrierten inzwischen auch in Colombo gegen jegliche Friedensverhandlungen. Vor der norwegischen Botschaft verbrannten wütende Protestanten die norwegische Flagge und riefen mit Sprechchören zur Beendigung der Vermittlungsbemühungen auf.

Diese nicht grundsätzlich neue und im Grunde erwartete ablehnende Haltung ist schädlich für die Friedensbemühungen. Andere hingegen sehen die norwegischen Bemühungen, zwischen der Regierung und den 'Tamil Tigers' zu vermitteln, nur dann von Erfolg gekrönt, wenn auch Indien und die USA in diese Verhandlungen einbezogen werden würden. Während die USA die srilankische

Regierung unter Druck setzen soll, Indien Gleiches gegenüber der LTTE übernehmen.

## LTTE läßt Soldaten frei

Ende Februar haben die 'Tamil Tiger' insgesamt vier Angehörige der srilankischen Streitkräfte freigelassen, die sich seit 1993 bzw. 1994 in deren Gewalt befunden hatten. Die vier Soldaten (unter ihnen ein Marineangehöriger) wurden im Vanni dem 'Internationalen Komitee des Roten Kreuzes' (IKRK) übergeben und dann nach Vavuniya, der Frontstadt im Norden des Landes, gebracht. Die Freilassung fand völlig überraschend statt. Verschiedene humanitäre Organisationen hatten sich in der Vergangenheit vergeblich um eine Freilassung von Soldaten aus der Gewalt der LTTE bemüht.

Es befinden sich nach wie vor elf weitere Soldaten in der Hand der LTTE. Erst kürzlich waren durch das IKRK Verwandtenbesuche bei den Festgehaltenen organisiert worden. Um auf ihre tragische Lage aufmerksam zu machen, hatten die Männer schon zwei Wochen vor dem Freilassungstermin einen Hungerstreik ausgerufen.

Die jüngsten Ereignisse setzten die srilankische Regierung zunehmend unter Druck, wieder Verhandlungen mit der LTTE um eine Freilassung auch der jetzt nach wie vor von den 'Tamil Tigers' arrestierten Personen aufzunehmen. Ein Mittel um diesem Ergebnis näher zu kommen, wäre sicherlich auch die Freilassung von inhaftierten Angehörigen der LTTE. Bisher gibt es keine offiziellen Forderungen der LTTE hierzu. Beobachter sind sich darin einig, daß die Lösung in einem Austausch von Personen zwischen beiden Seiten liegt.

## Friedensmarsch in Jaffna

Als Reaktion auf die seit Wochen anhaltenden schweren Kampfhandlungen im Norden Sri Lankas fanden sich am 25. März mehr als 6.000 Menschen zu einer Friedensdemonstration im nördlichen Jaffna zusammen. Der Protestzug begann im Morgen am berühmten Kandaswamy-Tempel in Nallur und zog sich über mehrere Stunden quer durch die Stadt Jaffna. Die Veranstaltung, die schließlich in eine Friedenskundgebung mündete, war vom 'Peoples Council for Peace and Goodwill' (PCPG) organisiert worden. Insgesamt beteiligten sich 60

Organisationen, zu denen Studentenverbände, Gewerkschaften und religiöse Gruppen gehörten, an dem Protest gegen eine Fortsetzung der militärischen Auseinandersetzungen.

Im Laufe des Protestumzugs wurde den Vertretern des 'Hohen Flüchtlingsrats der Vereinten Nationen' (UNHCR), des 'Internationalen Komitee des Roten Kreuzes' (IKRK) und des 'Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen' (UNDP) ein Memorandum überreicht. Der 'Government Agent' (GA) für Jaffna erhielt eine Protestschrift für Präsidentin Kumaratunga.

Während der Kundgebung wandte sich der katholische Bischof von Jaffna, Rev. Thomas Savundranayagam und Vertreter anderer Religionen an die Demonstranten. Er forderte Frieden für die Menschen in Jaffna aufgrund einer von dritter Seite vermittelten Friedenslösung. Rev. Gnanaratna Thero, Vertreter des buddhistischen Tempels in Jaffna, der vor allen Dingen den dort stationierten Sicherheitskräften zur Andacht dient, appellierte ebenfalls für Frieden und ein Ende des Tötens. Er nahm allerdings am eigentlichen Protestzug nicht teil.

Aufgrund der sich erneut zuspitzenden Situation der Zivilbevölkerung riefen mehrere Menschenrechtsgruppen am 12. April zu einem eintägigen Streik in Jaffna auf, der schließlich das öffentliche Leben völlig zum Stillstand brachte. Hinter dem Streik steht die Forderung, etwa 2.000 Personen, die schon mehr als zwei Wochen aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Armee und LTTE eingekesselt sind, eine Flucht in andere Teile der Jaffna-Halbinsel zu ermöglichen. Sprecher der Armee widersprachen der Behauptung, das Militär würde diese Menschen zwingen, in der Kampfzone zu bleiben. Allein die notwendigen Sicherheitskontrollen, die notwendig seien, bevor jemand in andere Teile der Halbinsel reist, würden den Abzug der Zivilbevölkerung verhindern.

### Schwere Flugzeugunglücke

Innerhalb nur weniger Tage ereigneten sich in Sri Lanka zwei schwere Flugzeugunglücke, die zahlreiche Menschenleben forderten. Am 23. März verfehlte offensichtlich wegen äußerst schlechten Sichtbedingungen und heftigen Regenfällen der Pilot einer zweimotorigen Antonov 12 die Landebahn des internationalen Flughafens von Katunayake und stürzte in ein etwa sechs Kilometer entferntes Dorf. Bei dem Absturz kamen fünf der Besatzungsmitglieder osteuropäischer Abstammung und ein srilankischer Dorfbewohner ums Leben. Zwei weitere Personen der Bordcrew überleb-

ten, wurden allerdings bei dem Unglück schwer verletzt. Die Maschine befand sich auf einem Flug von Bangkok nach Colombo.

Am 30. März kam es zum Absturz einer weiteren Maschine russischer Herkunft, einer Antonov 26, die mit insgesamt 40 Personen an Bord auf dem Weg von Jaffna nach Anuradhapura war. Das Flugzeug verunglückte nahe dem Ziel, keiner der Menschen an Bord überlebte das Unglück. Obwohl das Flugzeug einer privaten Chartergesellschaft gehört, handelte es sich bei den 36 Passagieren ausschließlich um Soldaten, die zur medizinischen Behandlung aus Jaffna ausgeflogen werden sollten oder ihren Heimaturlaub angetreten hatten.

Nur einen Tag später wurde ein völliges Verbot aller Flüge zwischen Colombo und Jaffna verhängt. Vor einer Wiederaufnahme sollte zunächst die Unglücksursache geklärt werden. Das Verbot unterbricht den einzigen zur Zeit möglichen Transportweg nach Jaffna, wenn man von langwierigen Verkehrsverbindungen per Schiff absieht.

### Menschenrechtsverletzungen

In einem deutlich formulierten Brief an die srilankische Regierung hat die Europäische Union eine dringende Verbesserung der Menschenrechtssituation in Sri Lanka angemahnt. Die EU wendet sich in ihrer Kritik an der Menschenrechtssituation im Inselstaat sowohl gegen die Sicherheitskräfte, wie auch gegen die 'Tamil Tigers' (LTTE). Eine Aufnahme von Gesprächen mit dem Ziel einer Friedenslösung sei unabdingbar. Der Brief stellt außerdem klar, daß die Regierung Greueltaten der Armee nicht mit den Gewaltexzessen der LTTE entschuldigen kann. Besonders deutlich wurden auch die jüngsten Übergriffe auf Journalisten und Medienorganisationen angeprangert.

Die Regierung hat eine weitere unabhängige Untersuchung der Fälle angekündigt, in denen Personen 1996 zu Hunderten verschwunden waren. Drei vorherige Kommissionen hatten sich um zahlreiche Fälle von "Verschwinden" während der Jahre 1987 bis 1993 gekümmert. Einige Familien haben inzwischen Kompensationszahlungen für das Verschwinden von Angehörigen erhalten, insgesamt sind die Ergebnisse aber weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Man geht davon aus, daß im genannten Zeitraum mehr als 16.000 Personen verschleppt und vermutlich ermordet worden sind.

Der Berichterstatter der UN bezüglich Gewalt gegen Frauen, Radhika Coomaraswamy, forderte Mitte März die srilankische Regierung auf, härter gegen Soldaten vorzugehen, die sich Verge-

waltungen und Ermordungen von Frauen und Mädchen zu Schulde haben kommen lassen. Frau Coomaraswamy beklagt, daß die Ermittlungen nicht ernsthaft genug durchgeführt werden.

'Reporters Sans Frontiers' (RSF), eine internationale Organisation, die Übergriffe auf Journalisten publik macht, hat einen Granatenanschlag auf das Haus des srilankischen Journalisten Nellai Nadesan scharf verurteilt. Nadesan wurde bei der Attacke, die in der Ostküstenstadt Batticaloa stattfand, nicht verletzt. In einem Communiqué nennt RSF den Zwischenfall als deutliches Zeichen für eine weitere Verschlechterung der Pressefreiheit in Sri Lanka.

Victor Ivan, Herausgeber der sinhalischen Zeitung 'Ravaya', hat das Sekretariat der Präsidentin auf Schadensersatz in Höhe von umgerechnet 28.000 DM verklagt. Das Sekretariat hatte in einer von der englischsprachigen 'Sunday Times' veröffentlichten Stellungnahme der Präsidentin behauptet, daß 'Ravaya' mehr als eine halbe Million DM zum Kauf von Druckmaschinen erhalten hatte, damit sie im Wahlkampf die oppositionelle UNP unterstütze. Da aufgrund der Rechtslage in Sri Lanka das Präsidentenamt Freiheit vor Strafverfolgung besitzt, und daher nicht verklagt werden kann, verfolgt Ivan seinen Fall jetzt vor der Internationalen Menschenrechtskommission in Genf.

### Mehr Lehrer für den Norden?

Die srilankische Regierung versucht mit einem neuen Programm innerhalb der nächsten drei Monate 2.500 zusätzliche Lehrer einzustellen. Jeder zweite von ihnen soll dann in den Krisenregionen des Nordens und Ostens eingesetzt werden, wo eine geregelte Schulausbildung der Kinder oft schon seit vielen Jahren nicht mehr möglich ist.

Viele Beobachter sehen die angekündigte Aktion jedoch durchaus kritisch. Sunanda Deshapriya, Herausgeber einer unabhängigen sinhalischen Zeitung und Mitarbeiter des 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE) glaubt, daß viel weiterreichende Maßnahmen erforderlich sind, um zu verhindern, daß Kinder im Norden und Osten weitere Defizite bei der Schulausbildung erleiden. "Bisher haben wir nur Versprechungen gesehen, die niemals umgesetzt wurden", sagt er. Man schätzt, daß in den Bürgerkriegsregionen Sri Lankas mindestens 4.000 Lehrkräfte fehlen. In vielen Fällen unterrichten heute dort unbezahlte Kräfte, die keinerlei formale Ausbildung zum Lehrer haben. Joseph Pararajasingham, Parlamentsabgeordneter für den Batticaloa-Distrikt im Osten meint: "Am schlimm-

sten sind die Dörfer betroffen, hier leiden die Kinder wirklich". Bisher ist nicht klar, ob die Regierung nur die bisher unbezahlten Hilfskräfte anheuern will, oder tatsächlich ausgebildete Lehrer einsetzen wird.

Die Regierung kündigt aufgrund eines Einsatzes in den Konfliktgebieten Zulagen zum Gehalt der Lehrer an. Aber bei einem Grundverdienst von umgerechnet 70 US Dollar pro Monat wird es ohnehin schwierig, jemanden für den Job zu begeistern.

Probleme gibt es auch bezüglich der Sprache. Tamilischsprachige Lehrer, und gerade diese werden im Osten und Norden gebraucht, gibt es nicht in ausreichender Zahl. Sinhalesisch oder Englisch eignen sich nicht als Unterrichtssprache bei der überwiegend tamilischsprechenden Bevölkerung. "Es ist eine gute Sache, wenn man versucht, auch bei Kindern die Integration - zum Beispiel über die Sprache - zu fördern. Aber es muß auch die Kultur der Intoleranz verändert werden", so MIRJE-Mitarbeiter Deshapriya.

### Selbstmordrate rückläufig

Viele Jahre behauptete Sri Lanka einen unrühmlichen ersten Platz als Land mit der höchsten Selbstmordrate. Diese Situation hat sich seit einiger Zeit eindeutig verbessert. Trotzdem nehmen sich auch gegenwärtig jeden Tag 16 Menschen im Land das Leben. Die Gründe, die zum Rückgang der hohen Selbsttötungsrate führten, liegen einerseits im Versuch, selbstmordgefährdete Personen besser zu beraten und zu unterstützen, aber auch darin, den Zugang zu Pestiziden in einigen Bereichen zu erschweren. Viele Selbstmorde werden in Sri Lanka durch die Einnahme von Giften oder Pflanzenschutzmitteln ausgeführt.

Eine von der Regierung eingesetzte Arbeitsgruppe widmete sich insbesondere den Sozial- und Familienstrukturen in ländlichen Regionen. Hier ist es traditionell immer noch unmöglich, persönliche Probleme offen mit anderen Menschen zu diskutieren. Seit jedoch Selbstmord kein Straftatbestand mehr ist, versuchen Verzweifelte jedoch öfters, Hilfe von außen anzunehmen. Es wird nach Einschätzung der Arbeitsgruppe aber dennoch lange dauern, bis Selbstmordkandidaten beginnen, sich selbst mit ihren Problemen auseinanderzusetzen, als nur den Tod als Lösung zu sehen. Gründe, warum Menschen an Selbstmord denken, sind oft gescheiterte Liebesbeziehungen und Familienstreitigkeiten.

Die verbesserte Kontrolle des Verkaufs von Giftstoffen hat gerade im ländlichen Bereich wenig Einfluß gehabt. Im landwirtschaftlichen Umfeld ist es

praktisch problemlos möglich, sich derartige Substanzen zu verschaffen.

### Gewaltverbrechen nehmen zu

In Sri Lanka, besonders in Colombo, ist in jüngster Zeit eine deutliche Zunahme von Gewalttaten zu verzeichnen. Allein in den letzten Wochen wurden in der Hauptstadt bei drei unabhängigen Zwischenfällen sieben Personen erschossen und vier weitere Menschen verletzt.

Die Opfer beendeten ihr Leben nach Mordanschlägen in Mafia-Manier, die Täter sind wohl dem Milieu des organisierten Verbrechens und der Unterweltbanden zuzurechnen. Drei der sieben Ermordeten stammten aus der gleichen Familie. Ihnen blieb praktisch keine Überlebenschance, als der Angreifer auf einem Motorrad sie mit einer automatischen Waffe ins Visier nahm.

Im zweiten Vorfall starben ebenfalls drei Personen, diesmal waren die beiden Täter im Taxi zu einem Restaurant gekommen, in dem sich dann gegen Mitternacht ein Blutbad ereignete. Nach den tödlichen Schüssen flüchteten die Täter (man vermutet, daß es sich um Armeedeserteure handelt) nach Ratnapura, wo sie erneut in eine Schießerei verwickelt wurden.

Außerhalb Colombos wurden in den ersten Monaten des Jahres ein Polizeibeamter und mehrere Angehörige der Zivilbevölkerung umgebracht. Aufsehen erregte der Tod eines norwegischen Staatsbürgers, den unbekannte Täter erstachen, nachdem er sie bei einem Einbruch in sein Haus überrascht hatte. Der Norweger arbeitete in Zusammenhang mit dem 'Bureau of Investments' an zahlreichen Projekten in Sri Lanka und war mit einer Tamilin verheiratet.

Zahlreiche Erpressungsfälle wurden bekannt, bei denen die Täter wohlhabende Familien zu Geldzahlungen aufforderten, damit einzelnen Familienangehörigen - meist Kindern - nichts zustoße. Die Forderungen lagen bei umgerechnet bis zu 15.000 US Dollar.

Kriminelle Banden in Colombo erhalten ihre Waffen oft durch Armeesoldaten aus dem Norden und Osten, die bei ihrem Heimaturlaub Waffen und Munition offenbar unbemerkt durch die Kontrollpunkte schmuggeln.

### AIDS-Telephon eingerichtet

Im März wurde in Sri Lanka die erste telefonische Beratungsstelle für Fragen zu HIV-Infektionen und AIDS eingerichtet. Das Beratungstelephon, dessen Büro mit freiwilligen Kräften täglich vier Stunden besetzt ist, hat sich Aufklärungsarbeit zum Ziel gesetzt, um die weitere Ausbreitung von AIDS in Sri

Lanka zu verhindern, aber auch um Kontakt zu Erkrankten zu bekommen. Bisher sind AIDS-Kranke und ihre Familien in der srilankischen Gesellschaft völlig isoliert und erhalten kaum Unterstützung.

Entgegen anfänglicher Skepsis gegenüber einer derartigen Einrichtung sind die Erfahrungen in den ersten Wochen durchaus positiv gewesen. Zahlreiche Anrufer ließen sich beraten, oder auch an andere Einrichtungen zur Beratung oder für Bluttests weiterverweisen.

Großes Bemühen legen die Organisatoren des Telephondienstes auf die Vertraulichkeit der Gespräche mit Anrufern. Obwohl die Berater selbst absolutes Stillschweigen über die Identität der Anrufer gegenüber Dritten wahren, gab es anfangs Probleme mit Technikern oder Krankenhauspersonal, die nur wenig um Vertraulichkeit bemüht waren.

Bisher hat Sri Lanka nur relativ wenige Fälle von HIV-Erkrankungen und AIDS zu verzeichnen. Aufgrund der vielen Srilankaner, die im Ausland arbeiten, der hohen Zahl von Kindesmißbrauchsfällen, sowie Prostitution, könnte sich dieses Bild aber schnell ändern. Nach einer Studie der Vereinten Nationen gibt es in Sri Lanka derzeit etwa 8.000 HIV-Infizierte - diese Zahl könnte in den nächsten Jahren leicht auf 80.000 bis 100.000 steigen, wenn nicht unverzüglich Aufklärungsmaßnahmen in der Bevölkerung beginnen.

### Bekämpfung von Malaria

Nach der Zunahme von Malariaerkrankungen in Sri Lanka in den vergangenen drei Jahren haben Gesundheitsministerium und Weltgesundheitsorganisation ein gemeinsames Projekt zur Verhinderung der weiteren Malariaausbreitung gestartet. Unter der Bezeichnung "Roll Back Malaria" soll das Projekt dazu dienen, die Malaria massiv zurückzudrängen, nach Möglichkeit landesweit auszurotten. Den vom Krieg betroffenen Gebieten - namentlich den Distrikten Jaffna, Kilinochchi, Mullaitivu, Anuradhapura und Moneragala - gilt dabei die besondere Aufmerksamkeit des Programms, da dort die Zuwachsraten der Krankheit am größten sind. Das ursprünglich für Afrika bestimmte Programm wird nun asienweit zuerst in Sri Lanka gestartet. Die malariabedingte Sterberate im Land ist zwar relativ gering, doch die Krankheitsziffer ist bürgerkriegsbedingt sehr hoch, da der Transport von Medikamenten in die Kriegsregionen in den vergangenen Jahren massiv unterbrochen wurde.

### Privatisierungspläne im Gesundheitswesen

Ein Sprecher der Vereinigung regier-

rungsamtlicher Ärzte berichtete von der geplanten schrittweisen Privatisierung der staatlichen Krankenhäuser. Die Regierung bereite mit dieser Nachricht die Menschen offensichtlich auf diese Eventualität vor, indem sie den eklatanten Engpaß an Medikamentenverfügbarkeit in den Krankenhäusern seit einem halben Jahr absichtlich nicht beseitigt. Die Ärzte verweisen zudem auf das Fehlen von rund 30 lebenswichtigen Medikamenten in den Kliniken sowie auf den Mangel an spezialisierten Ärzten. Ihre Hinweise an das zuständige Gesundheitsministerium über die Mißstände führten jedoch bislang nicht zum Erfolg. Auch die Präsidentin der Krankenschwestern-Vereinigung verwies in der Zwischenzeit auf den landesweiten Mangel von 7.500 Krankenschwestern.

### **Teeproduktion zum sechsten Mal in Folge gesteigert**

Der Export srilankischen Tees belief sich für das Jahr 1999 auf 50,4 Milliarden Rupien, das sind 6,8 Milliarden Rupien weniger als im Vorjahr. Genauere Analysen zeigen, daß insbesondere im Monat Dezember mit 92 Millionen Rupien ein sehr gutes Ergebnis zu verzeichnen war. Mit 283.700 Tonnen rangierte die srilankische Teeproduktion 1999 vor der kenianischen Gesamternte von 248.800 Tonnen. Damit verzeichnete die srilankische Teeproduktion zum sechsten Mal in Folge eine Steigerung ihrer Jahreserntemenge. Größter Importeur srilankischen Tees war im vergangenen Jahr Rußland und die GUS, die mit 147.700 Tonnen etwa die Hälfte der Jahresernte aufkauften. Die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei, Großbritannien, Saudi-Arabien, der Iran, Irak, Ägypten und Tunesien waren nach Rußland und der GUS die wichtigsten internationalen Importeure srilankischen Tees.

### **Positive wie negative Trends im Wirtschaftsjahr 1999**

Nach den soeben von der srilankischen Zentralbank veröffentlichten wirtschaftlichen Kennziffern verzeichnete die Wirtschaft im vergangenen Jahr eine leichte Rezessionsphase. Allerdings finden sich hinter dieser Gesamtrechnung auch einige positive Aspekte, so die neuerliche Tee-Rekordernte oder die weiterhin hohen Touristenzahlen. Die srilankische Zentralbank errechnete, daß das Wirtschaftswachstum des Landes in den ersten neun Monaten des Jahres 1999 lediglich auf 3,4 Prozent zu beziffern sei. Dies sei gegenüber den 4,8 Prozent, die im Vergleichszeitraum des Jahres 1998 erreicht wurden, ein deutlicher Rückschritt. Auch der Blick auf

die Exportentwicklung zeigt mit -4,1 Prozent einen negativen Trend, während die Importrate um 0,1 Prozent leicht anstieg und sich die Handelsbilanz damit insgesamt verschlechterte.

Die Zentralbank machte landwirtschaftliche und industrielle Produkte für den Exportrückgang verantwortlich. Auch die Devisenreserven des Landes hätten um 17,4 Prozent auf 1,6 Milliarden US-Dollar abgenommen. Trotz dieser gesamtwirtschaftlichen Defizite zeigte das vergangene Jahr auch einige positive Entwicklungen: Anstieg der Teeproduktion, zehnpromtente Steigerung der Kokosnußproduktion auf 2,8 Milliarden Nüsse, Anstieg der Kautschuk-Produktion um knapp vier Prozent auf 99.300 Tonnen sowie ein Anstieg der Touristenzahlen um 14,5 Prozent auf 436.400. Dadurch stiegen auch die tourismusbedingten Einnahmen auf 263,3 Millionen US-Dollar. Desweiteren ist positiv zu vermerken, daß die Preise für Grundnahrungsmittel wie Reis, Zucker und Weizen auf den internationalen Märkten leicht sanken, was jedoch durch die massive Preissteigerung beim Erdöl wieder ausgeglichen wurde und Sri Lanka somit keinen Vorteil brachte.

### **Weltbank mahnt Erfolge an**

Die Weltbank will der Regierung Sri Lankas keine weitere finanzielle Hilfe mehr zukommen lassen, falls diese ihre Ausgabenpolitik künftig nicht seriös und transparent gestaltet. Grundlage dieser Weltbankwarnung ist eine Untersuchung darüber, inwieweit die Sri Lanka gewährten Finanzhilfen und Kredite sinnvoll verwendet werden. Die Weltbank entsandte in diesem Kontext jüngst ein Mitarbeiterteam nach Sri Lanka, um mit Regierungsvertretern sowie Beamten des Finanzministeriums über die Verbesserung der Regierungsplanungen zu diskutieren und unnötige Ausgaben zu vermeiden. In diesem Zusammenhang wurde auch untersucht, inwieweit die eingerichteten Finanzkontrollsysteme der Opposition sich als wirksam erweisen. Das Weltbank-Team betonte gegenüber den Parlamentariern, daß sie diesen keine konkreten Vorschläge oder gar Vorschriften machen wollte, legte jedoch ebenso deutlich dar, daß die Weltbank nicht bereit sei, das Land finanziell zu unterstützen, wenn zu erwartende Erfolge weiterhin ausblieben.

### **Privatisierung von Wasser, Wald und Banken**

Berichten zufolge betreibt die srilankische Regierung auf Anraten der Weltbank Schritt für Schritt den Ausverkauf ihrer kostbaren Wasserreservoirs, Wald-

schutzgebiete und der Staatsbanken. Amerikanische Unternehmen haben bereits ihr Interesse an den nationalen Wasserversorgungssystemen bekundet und erste Repräsentanten entsandt. Ein entsprechendes Gesetz, das die Möglichkeit für den Verkauf oder die Vermietung der Wasserressourcen ermöglicht, passierte kürzlich das Parlament, womit alle legalen Hindernisse eines entsprechenden Handelns aus dem Weg geräumt sind. Experten warnen jedoch davor, daß wenn erst einmal die nationalen Wasserressourcen in der Hand internationaler Konzerne sind, es dann nur noch ein kleiner Schritt sei, bis diese auch alles landwirtschaftlich nutzbare Land kontrollieren und den Anbau von 'cash crops' anstelle von Grundnahrungsmitteln anordnen werden. Ferner wird von ernst zu nehmenden Absichten der Regierung berichtet, auch die nationalen Waldbestände, die Postbehörde sowie die Staatsbank zu veräußern. Allerdings hat sich die Regierung nicht bereit erklärt, diese Weltbankvorschläge zügig umzusetzen.

### **Holländische Hilfe für Kinder und Frauen**

Die niederländische Regierung hat UNICEF eine halbe Million US-Dollar gestiftet, die Kindern und Frauen zugute kommen sollen, die von den anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen im Norden und Osten der Insel betroffen sind. Damit setzen die Niederlande ihre bereits früher gestartete Hilfe zugunsten der Menschen in Sri Lanka fort.

### **Frauen zu Friedenskampagne aufgerufen**

Zwei Parlamentarier der srilankischen Opposition erhoben ihre Stimmen zugunsten der Witwen des Nordostens Sri Lankas. Sie forderten die Regierung auf, einen Hilfsplan für die rund 20.000 auf der Halbinsel Jaffna und weitere 10.000 im Osten der Insel lebenden Witwen zu entwerfen. Einer der Parlamentarier betonte, daß es sich bei diesen Menschen um Kriegopfer handelte, die keinerlei Einkommensmöglichkeit hätten, was zu einem großen sozialen und wirtschaftlichen Problem geworden sei. Seit 1995 erführen sie keinerlei Unterstützung durch die staatlichen Behörden und das obwohl etliche von ihnen auch Kinder verloren hätten. Die Präsidentin betonte, daß der Beitrag der Frauen zur Friedensstiftung unverzichtbar und essentiell sei und sich die Frauen im Nordosten zusammenschließen und eine Friedenskampagne starten müßten. Dabei sollten sie sich gegen Prabakaran und die LTTE wenden.